

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 208 September 2001



Neue Gemeindeordnung:

Die neue

Verfassung für Uster

Inhalt

Warum Uster eine neue Gemeindeordnung braucht	3
Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindordnung Von Stefan Feldmann	
Einfachere Strukturen, klare Zuständigkeiten	4
Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindordnung	
Wer darf wieviel Geld ausgeben?	5
Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindordnung	
Erfolge und Misserfolge der SP	6
Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindordnung	
Ziel Einheitsgemeinde bleibt	7
Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindordnung	
Mit Urs Tschanz die Kontinuität wahren	8
2. Wahlgang Primarschulpräsidium: SP Uster empfiehlt Urs Tschanz Von Ludi Fuchs	
Vermischtes	9
Den Bahnknotenpunkt Zürich fit für die Zukunft machen	10
Kantonale Abstimmung vom 23. September: Ja zum Durchgangsbahnhof Löwenstrasse Von Dagmar Anderes	
Die Parolen der SP Uster für den 23. September	10
Eine Frage der Gerechtigkeit	11
Kantonale: Abstimmung vom 23. September: Ja zur Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle» Von Stefan Feldmann	
Veranstaltungskalender	12

Editorial



Oh je, Revision der Gemeindeordnung, eine trockene Materie! So die Reaktion an der letzten Sitzung der FORUM-Redaktion, an welcher die Nummer, die Sie nun in den Händen halten, besprochen wurde. Wie soll man diese trockene Materie den Leuten näher bringen, wie Sinn und Unsinn einzelner Artikel erklären? Wie soll man solche Dinge wie «Behördenorganisation» oder «Nachhaltigkeit als Grundsatz der Haushaltsführung» bebildern. Keine leicht Aufgabe, ich hoffe aber, dass es uns mit dem vorliegenden FORUM doch gelingt, ihnen die neue Gemeindeordnung schmackhaft zu machen.

Wir haben versucht, in den folgenden Artikeln nicht allzu fest an den einzelnen Artikeln der neuen Gemeindeordnung zu kleben, unternehmen nicht den Versuch, alles zu erklären, was sich geändert hat, und weshalb es sich geändert hat. Oder weshalb eben gerade nicht. Wir haben versucht, die wichtigsten Aspekte rauszupflücken und dies sind bei einem Gemeinwesen wie einer Stadt fast zwangsläufig die Organisation und die Finanzen (vgl. Seiten 4 und 5). Weiter versuchen wir, eine Bilanz aus SP-Sicht zu ziehen (Seite 6), die Ihnen bei Ihrer Entscheidungsfindung helfen soll, wenn Sie vor Ihrem Abstimmungszettel sitzen. Und schliesslich wollen wir zeigen, dass die Revision der Gemeindeordnung nicht das Ende des Veränderungsprozesses ist, sondern dass es danach noch weiter geht (Seite 7).

Auch wenn die Stadt Uster am 23. September hoffentlich ihr neues Verfassungskleid erhält – klar ist, dass es damit allein nicht getan ist. Denn eine Gemeindeordnung, die das Zusammenleben in einer Gemeinschaft regelt, ist nichts wert, wenn sie von den Menschen in dieser Stadt nicht mit Leben gefüllt wird. Die Menschen sind es, die mit ihrer Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturen oder politischen Leben unsere Stadt ausmachen.

Und so hoffen wir, dass es uns doch gelungen ist, Ihnen diese schwierige Materie etwas näher zu bringen. Denn spannend und wichtig ist eine solche Revision allemal, auch wenn sich dies vielleicht erst auf den zweiten Blick eröffnet.

Stefan Feldmann

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	9600
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Dagmar Anderes, Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Rolf Murbach,
Layout:	Fredi Gut
Vertrieb:	Stefan Feldmann
Druck:	Ropress Zürich
Titelbild:	Foto von Rolf Murbach

Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindeordnung

Warum Uster eine neue Gemeindeordnung braucht

Am 23. September können Usters Einwohnerinnen und Einwohner über die neue Gemeindeordnung befinden. Die neue Gemeindeordnung, die vom Parlament in anderthalb Jahren erarbeitet worden ist, spiegelt die Entwicklung von Uster wieder, vollzieht die Entwicklung vom Dorf zur Stadt nach.

Von Stefan Feldmann,
Präsident SP/Juso-Gemeinderatsfraktion

Verfassungsrevisionen sind ja, so scheint es, im Moment «in»: Die Bundesverfassung wurde vor zwei Jahren revidiert. Im Kanton hat vor einem Jahr der Verfassungsrat seine Arbeit aufgenommen, spätestens 2004 werden wir über die neue Kantonsverfassung abstimmen können. Und auch auf kommunaler Ebene erhält unsere Stadt eine neue «Verfassung»: die neue Gemeindeordnung.

Verfassung für ein Dorf

Doch braucht Uster wirklich eine neue «Verfassung», eine neue Gemeindeordnung? Ich finde ja. Zwar trägt die aktuelle Gemeindeordnung das Datum von 1990, sie geht aber in wesentlichen Teilen noch auf die Gemeindeordnung aus den 60er Jahren zurück. Und Uster hat sich in den vergangenen 40 Jahren doch stark verändert. Uster ist gewachsen und zählt heute schon fast 30'000 EinwohnerInnen. Dank der S-Bahn ist Uster bis auf 12 Minuten an Zürich herangerückt, was die Stadt als Wohnort – und auch wieder vermehrt als Arbeitsort – attraktiv macht. Uster ist mit der neuen Sporthalle zur Sportstadt geworden, mit der neuen Mittelschule in der Hofstrasse wird sie zur Bildungsstadt und die Chancen stehen dank Musikcontainer, Jazzmuseum und anderen Vorhaben – Kleintheater, Studiokino – nicht schlecht, dass sie sich auch zu einer veritablen Kulturstadt mausert. Kurz: Uster entwickelt sich wirklich vom Dorf zur Stadt. Keinen Niederschlag hat diese Entwicklung aber bislang in der politischen Struktur der Stadt gefunden, ist die bisherige Gemeindeordnung immer noch dörflich geprägt. Ein Beispiel: Die Behördenstruktur in Uster ist sehr kompliziert: Neben dem Stadtrat gibt es noch neun weitere Exekutiven, «Nebenregierungen» so zu sagen, die je für einen kleinen Aspekt zuständig sind. Das erschwert die Koordination der politi-



schen Arbeit, doch die ist dringend nötig, wenn Uster das gegenwärtige und zukünftige Wachsen bewältigen und zu einem regionalen Zentrum werden will (vgl. Seite 4).

Wirksamer arbeiten

Ein Gemeinwesen mit 30'000 EinwohnerInnen muss zwangsläufig anders organisiert werden, als ein Dorf, vor allem wenn es wirksam arbeiten soll. Dies ist das Ziel von New Public Management (NPM), welches in der Stadt Uster eingeführt wird. An dieser Stelle ins Detail dieser Verwaltungsphilosophie gehen zu wollen, würde den Umfang dieses Artikels bei weitem sprengen (zumal NPM neben vielen Vorteilen, durchaus auch noch einzelne Schwächen hat, die noch ausgemerzt werden müssen). Kurz kann aber gesagt werden, dass sich das Handeln der Stadt künftig in erster Linie an den gesetzten Zielen orientieren soll und nicht an den finanziellen Mitteln (auch wenn natürlich beides in einer Wechselwirkung steht). Mit der Umsetzung von NPM soll der Politik Spielraum zurückgewonnen werden. Dafür ist beispielsweise auch eine angemessene Erhöhung der Finanzkompetenzen nötig. Damit diese aber nicht auf Kosten der direkten Demokratie geht, wird gleichzeitig die Unterschriftenzahl für das Referendum gesenkt,

so dass das Volk, dort wo es ihm wichtig erscheint, eine leichtere Korrekturmöglichkeit hat (vgl. Seite 5).

Ein gutes Ergebnis

Die SP/Juso-Fraktion hat im Gemeinderat Gemeindeordnungs-Revision aktiv mitgestaltet. Sie hat dabei einige Erfolge (Senkung der Unterschriftenzahlen bei Initiative und Referendum, Verankerung des Gebots der Nachhaltigkeit bei der Haushaltsführung, Möglichkeit zur Einführung einer Untersuchungskommission) erzielen können, in anderen Punkten (Zweckartikel, Stimmrecht für AusländerInnen) aber erwartungsgemäss Niederlagen einstecken müssen (vgl. Seite 6).

Als Fazit bleibt: Die neue Gemeindeordnung ist zwar nicht der erhoffte ganz grosse Wurf, aber sie kann sich durchaus sehen lassen. Sie bietet Gewähr dafür, dass in der Stadt Uster die Politik auch künftig handlungsfähig bleibt, ja mehr noch: dass sie künftig noch handlungsfähiger wird. Aus diesem Grund hat die SP/Juso-Fraktion im Gemeinderat der neuen Gemeindeordnung zugestimmt und auch die Sektionsversammlung der SP Uster empfiehlt den Stimmberechtigten am 23. September ein Ja in die Urne zu legen.

Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindeordnung

Einfachere Strukturen, klare Zuständigkeiten

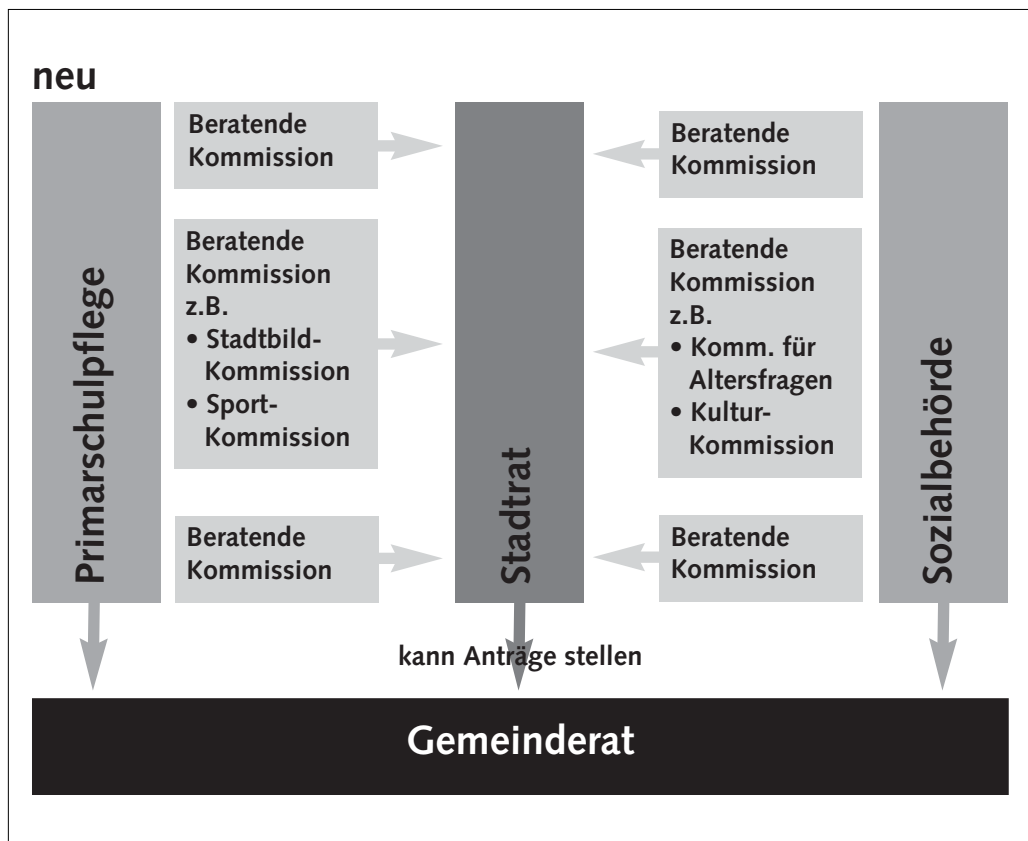
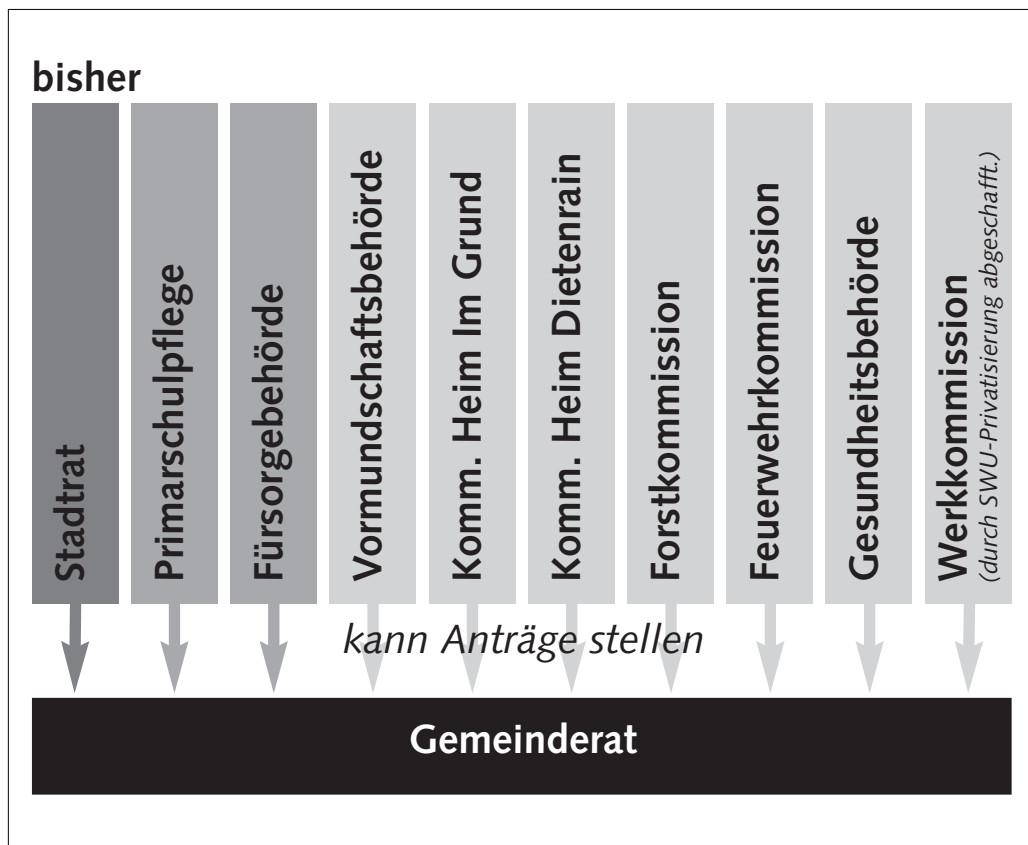
Haben auch Sie gedacht, der Stadtrat sei die Exekutive, die Regierung der Stadt Uster? Da haben Sie sich aber getäuscht: Die Stadt Uster kennt bis heute neben dem Stadtrat noch neun weitere Behörden mit Exekutivaufgaben, die zusammen über einen grösseren Teil des Budgets verfügen als der Stadtrat. Dies soll sich nun mit der neuen Gemeindeordnung ändern.

Die Politische Gemeinde Uster kennt bislang zehn Exekutivbehörden, die mit unterschiedlichen Aufgaben betraut sind: Die Gesundheitsbehörde beispielsweise mit der Führung des Friedhofs und der Lebensmittelkontrolle, die beiden Heimkommissionen mit der Führung der beiden städtischen Heime Im Grund und Dietenrain, die Forstkommission mit der Bewirtschaftung des Ustermer Gemeindewaldes etc. Alle Kommissionen konnten Anträge an den Gemeinderat stellen, was die Koordination der gesamstädtischen Politik – eine Aufgabe des Stadtrates – zum Teil erheblich erschwerte.

Was früher durchaus Sinn machte – nämlich die Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen –, hat sich überlebt: Hatten die Kommissionen früher noch viele Entscheidungskompetenzen, so sind inzwischen viele Bereiche in ihrer Zuständigkeit durch kantonale oder eidgenössische Gesetze geregelt, die Kommissionen sind mehr und mehr zu reinen Vollzugsorganen geworden. Deshalb haben sich auch fast alle Kommissionen bereits 1999 für ihre eigene Aufhebung per 2002 ausgesprochen.

Mit der neuen Struktur werden die Strukturen vereinfacht, die Zuständigkeiten neu geregelt. Neben dem Stadtrat werden nur noch Primarschulpflege und Sozialbehörde (Vereinigung der bisherigen Fürsorgebehörde und der Vormundschaftsbehörde) weiterbestehen, die Aufgaben der anderen Kommissionen gehen an den Stadtrat über. Damit aber das Fachwissen der bisherigen Kommissionen nicht verloren geht, sollen beratende Kommissionen des Stadtrates geschaffen werden. Solche beratende Kommissionen gibt es schon heute (z.B. Kulturkommission, Stadtbildkommission) und haben sich als Fachgremien bewährt.

Vereinfacht ausgedrückt: Die Fachleute sitzen künftig in beratenden Kommissionen, Stadtrat und Gemeinderat können sich auf ihren Rat stützen. Die Entscheidungskompetenz – und damit auch die Verantwortung – liegen am Ende aber beim Stadtrat und beim Gemeinderat.



Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindordnung

Wer darf wieviel Geld ausgeben?

So bald es ums Geld geht, geht es zur Sache. So auch im Gemeinderat: Bei kaum einem Abschnitt der neuen Gemeindordnung gingen die Ansichten so weit auseinander wie bei den finanziellen Kompetenzen. Am Ende setzte sich die auch von der SP geteilte Haltung durch: Die Finanzkompetenzen werden erhöht, dafür wird die Möglichkeit, das Referendum gegen einen solchen Beschluss zu ergreifen, erleichtert.

Dass die Finanzkompetenzen an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden sollen, war auch im Gemeinderat unbestritten. Umstritten war aber die Höhe der Anpassung: Am Ende entschied sich der Gemeinderat mit deutlichem Mehr dafür, die Finanzkompetenzen für den Stadtrat bei 250'000 Franken zu limitieren, die des Gemeinderates bei 2,5 Millionen Franken. Alle Kredite, die über diesem Betrag liegen, unterstehen automatisch der Volksabstimmung.

Mit diesem Entscheid waren die Anhänger – Anhängerinnen gabs keine – nicht glücklich: Das Mitspracherecht der Bevölkerung werde beschnitten, die direkte Demokratie untergraben. Dieser Vorwurf trifft nicht zu, werden doch dabei bewusst verschiedene Aspekte ausgeblendet.

Nicht was teuer ist, ist auch wichtig

Die Gegner einer Erhöhung der Finanzkompetenzen gehen immer noch davon aus, dass vor allem was teuer ist, auch wichtig ist, und deshalb an der Urne der Bevölkerung zu unterbreiten sei. Ein verkürzter Schluss: Es gibt durchaus teure Vorhaben (z.B. ein Schulhausausbau), die völlig unbestritten sind, weil ein gesellschaftlicher Konsens über deren Notwendigkeit besteht. Demgegenüber gibt es aber Vorhaben, die nicht viel kosten, die aber sehr umstritten sind, weil die Ansichten dazu auseinandergehen. Als Beispiel aus jüngerer Zeit könnte der Ersatz der Rutschbahn im Hallenbad Uster



(308'000 Franken) angeführt werden, welcher von zwei Fraktionen im Gemeinderat bekämpft wurde.

Ab 250'000 Franken ist das Volk dabei

Falsch ist auch, dass die Erhöhung der Finanzkompetenzen einen Abbau der Volksrechte mit sich bringt. Neu ist einzig, dass künftig Kredite erst ab 2,5 Millionen Franken zwingend einer Volksabstimmung unterstehen (obligatorisches Referendum), und nicht mehr wie bisher bereits ab 1 Million Franken. Was sich nicht ändert, ist dass das Volk auch weiterhin über alle im Gemeinderat behandelten Kredite – also ab der Höhe von 250'000 Franken – mitentscheiden kann, vorausgesetzt dass jemand das Referendum gegen den Beschluss ergreift (fakultatives Referendum). Was sich ändert ist somit einzig die Grenze zwischen jenen Geschäften, die der Volksabstimmung unterstellt werden **müssen**, und jenen, die der Volksabstimmung unterstellt werden können.

Ein Mehr an Korrekturmöglichkeiten

Die SP/Juso-Fraktion hat sich im Gemeinderat für eine deutliche Erhöhung der Finanzkompetenzen eingesetzt, damit grössere, unbestrittene Vorhaben nicht mehr den Umweg über die Urnenabstimmung nehmen müssen. Sie hat sich aber gleichzeitig auch mit Vehemenz dafür eingesetzt, dass die Zahl der benötigten Unterschriften für ein Referendum gesenkt wird. Die SP/Juso-Fraktion ist der Meinung, dass so sichergestellt werden kann, dass Bevölkerungsgruppen, die Bedenken gegen ein Vorhaben haben, nicht unüberwindliche Hürden überwinden müssen, um einen Entscheid an der Urne herbeizuführen. Vereinfacht ausgedrückt: Einem Mehr an Kompetenzen muss auch ein Mehr an Korrekturmöglichkeiten entgegenstehen. Die SP/Juso-Fraktion hat sich mit ihrer Meinung im Gemeinderat durchgesetzt: Neu sind nicht mehr 600 Unterschriften für ein Referendum nötig, sondern nur noch deren 400.

Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindeordnung

Erfolge und Misserfolge der SP

Anlässlich der Vernehmlassung zur Neuen Gemeindeordnung hat sich die SP Uster in einigen Punkten für weitere Verbesserungen ausgesprochen und neue Vorschläge eingebracht. Die SP/Juso-Fraktion im Gemeinderat hat versucht, diesen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Einige Anliegen fanden denn schliesslich auch Aufnahme in die neue Gemeindeordnung, andere erwartungsgemäss nicht. Eine Bilanz aus SP-Sicht.

Die Verhandlung über die neue Gemeindeordnung im Gemeinderat war spannend und interessant, auch wenn dies mangels Zuschauerbeteiligung auf der Tribüne ausser den anwesenden Ratsmitgliedern kaum jemand bemerkte. Spannend war die Debatte auch deshalb, weil sich immer wieder neue Koalitionen bildeten. Der SP/Juso-Fraktion gelang es im Vorfeld, in einigen Punkten mit der SVP Kompromisse zu finden, und so einigen ihrer Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Am Ende der Debatte konnte aus SP-Sicht festgestellt werden: Es gab die erwarteten Erfolge und die erwarteten Niederlagen. Unerwartete Niederlagen gab es keine, unerwartete Erfolge hingegen schon.

Die erwarteten Erfolge

- Senkung der Unterschriftenzahl bei Initiativen: Die SP/Juso-Fraktion setzte sich stark für eine Senkung der Unterschriftenzahl bei Initiativen ein. Sie fand für ihre Anliegen bei der SVP-Fraktion Unterstützung, die FDP wehrte sich dagegen. Waren bislang 800 Unterschriften für eine Initiative nötig, so sind es neu nur noch deren 600.
- Senkung der Unterschriftenzahl bei Referenden: Auch hier setzte sich die SP/Juso-Fraktion für eine Senkung der Unterschriftenzahl auf 300 Stimmen ein, zumal sie darin eine Vorbedingung für die Erhöhung der Finanzkompetenzen sah (vgl. Seite 5). Wiederum fand sie in der SVP eine Partnerin, mit der man sich schliesslich auf einen Kompromiss verständigen konnte: Neu sind nicht mehr 600 Unterschriften nötig, sondern nur noch deren 400. Wiederum widersetzte sich die FDP als einzige Partei diesem Anliegen.
- Schlankere Behördenstruktur: Die SP/Juso-Fraktion hat sich für eine schlankere Behör-



denstruktur stark gemacht (vgl. Seite 4). Diese Haltung wurde von den übrigen Fraktionen im Gemeinderat geteilt. Einzig der LdU wollte mit einer Baukommission noch eine weitere Behörde schaffen.

Die erwarteten Niederlagen

- Zweckartikel: Die SP/Juso-Fraktion forderte einen Zweckartikel, der die Grundlage unseres Zusammenlebens in Uster legen sollte. Dieser Vorschlag fand aber erwartungsgemäss keine Mehrheit.
- Stimmrecht für AusländerInnen: Nicht besser erging es der Forderung nach dem AusländerInnen-Stimmrecht. Ausser der SP/Juso-Fraktion stimmte nur ein LdU-Vertreter für diesen Antrag.
- Einbürgerungskompetenzen an den Stadtrat: Bislang sind die Kompetenzen für die Einbürgerung zwischen Stadtrat und Gemeinderat geteilt. Die SP/Juso-Fraktion schlug vor, diese Kompetenz ganz dem Stadt-

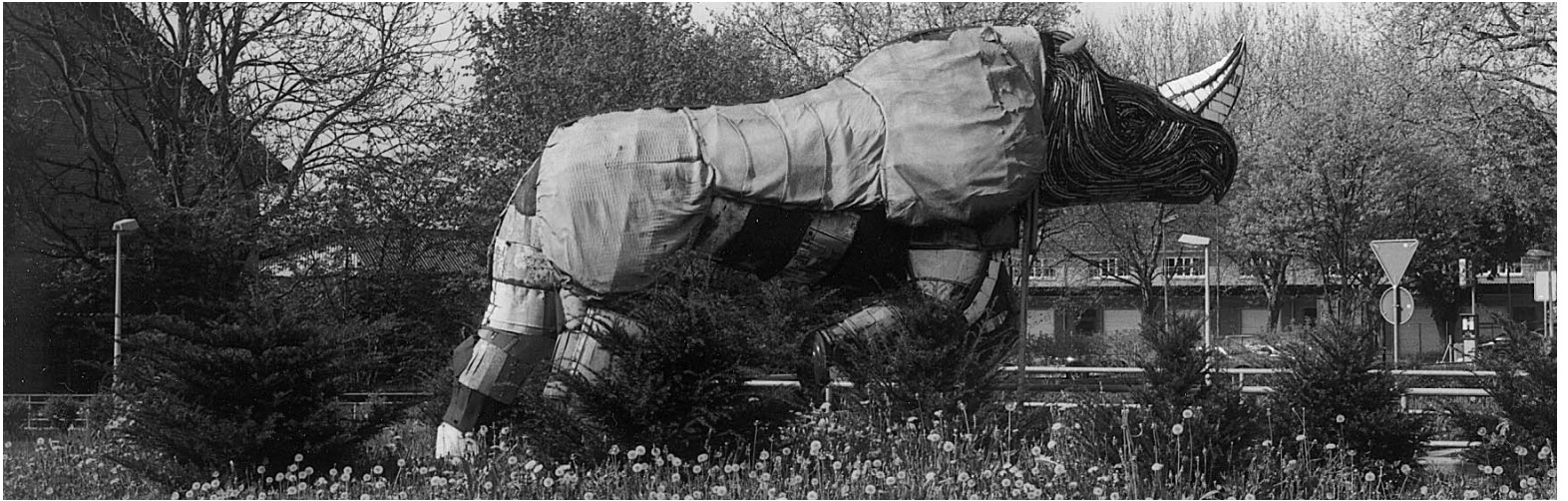
rat zu übertragen, da er schon heute für rund zwei Drittel aller Gesuche zuständig ist und auch diejenigen, die vom Gemeinderat entschieden werden, vorberät und für seine Anträge im Parlament immer Zustimmung – fast immer einstimmig – gefunden hat. Doch die bürgerlichen Parteien klammerten sich an die bisherige Regelung, obwohl auch sie die Schwächen des bisherigen Systems nicht abstreiten konnten. Vielleicht lässt sich dieser Entscheid bei einer nächsten Revision korrigieren.

Die unerwarteten Erfolge

- Wahl von Delegierten durch den Gemeinderat: Bislang bestimmt der Stadtrat die Delegierten der Stadt Uster in Zweckverbänden (z.B. Spital Uster) und wählt den Verwaltungsrat der Energie Uster AG (ehem. Städtische Werke). Neu fällt dies in die Zuständigkeit des Gemeinderates. Hier setzte sich die SP/Juso-Fraktion mit ihrem Antrag nur hauchdünn durch. Das Resultat bewies aber: Der Unmut über die einseitige Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Energie Uster AG hat offenbar auch ausserhalb der SP seine Wirkung getan.
- Möglichkeit zur Einsetzung einer PUK: Neu hat der Gemeinderat die Möglichkeit bei «schwerwiegenden Vorfällen in der Verwaltung» eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen. Diese Möglichkeit erhöht den Handlungsspielraum des Gemeinderates und stärkt ihn gegenüber Stadtrat und Verwaltung. Die Einführung der PUK kam wiederum dank einer Koalition von SP und SVP zustande, die FDP sträubte sich vergeblich mit Händen und Füssen dagegen.
- Nachhaltigkeit als Grundsatz der Haushaltsführung: Der wohl unerwartete Erfolg der SP/Juso-Fraktion! Neu muss die Stadt Uster ihre finanziellen Mittel nicht nur wirtschaftlich und sparsam, sondern auch nachhaltig einsetzen. Bis zur Gemeinderatssitzung sah es nach einer geschlossenen Ablehnung durch die Bürgerlichen aus, an der Gemeinderatssitzung schwenkte dann aber die SVP-Fraktion zur Überraschung aller um – am meisten wohl zur Überraschung der FDP – und stimmte dem SP/Juso-Antrag zu.

Abstimmungen vom 23. September: Neue Gemeindeordnung

Ziel Einheitsgemeinde bleibt



Mit der neuen Gemeindeordnung ist der vorläufige Höhepunkt der Reorganisation der Stadt Uster erreicht. Sie ist der Grundstein auf dem die übrigen Schritte aufbauen. Das grosse Ziel – darüber sind sich alle Parteien im Ustermer Gemeinderat einig – ist die Einheitsgemeinde. Doch die kann frühestens in vier Jahren realisiert werden. Und dazwischen gibt es noch viele kleine Zwischenschritte.

Wenn die Ustermer Stimmberechtigten am 23. September der neuen Gemeindeordnung zustimmen, dann hat ein Reformprozess, der 1995 seinen Anfang genommen hat, seinen vorläufigen Abschluss gefunden. Nein, stimmt nicht ganz. Sagen wir besser, er hat seinen Höhepunkt erreicht: Die Gemeindeordnung ist das Fundament auf dem die nächsten Schritte aufbauen.

Kontrolle durch Gemeinderat ausbauen

Nach der Annahme der neuen Gemeindeordnung ist zuerst einmal der Gemeinderat gefordert, er muss sich ein neues Geschäftsreglement geben. Ein Geschäftsreglement, das ihm hilft seine neue Aufgabe wahrzunehmen. Auf den ersten Blick scheint seine Aufgabe die gleich geblieben zu sein, doch der Eindruck täuscht: Die neue Gemeindeordnung, vor allem die neue Behördenstruktur mit der vorgesehenen Abschaffung vieler bisher selbständigen Kommissionen stärkt zuerst einmal den Stadtrat. Im Sinne einer demokratischen Kontrolle der «Regierung» muss nun auch das Parlament gestärkt werden. Der Entwurf der Reformkommission – er liegt vor und soll nach einem Ja zur Gemeindeordnung im Gemeinderat zur Beratung kom-

men – sieht vor, dass der Gemeinderat ab 2002 mit Sachkommissionen arbeitet. Damit wird das bisherige System mit GPK (zuständig für Verordnungen und Reglemente) und RPK (zuständig für Kredite) abgelöst.

Neu sind die Sachkommissionen für alle Geschäfte eines Bereichs zuständig, egal ob damit Kosten verbunden sind oder nicht. Die «Kommission Bildung und Kultur» zum Beispiel sowohl für den Neubau eines Schulhauses als auch für die Genehmigung des Geschäftsreglementes der Primarschulpflege. Mit der Schaffung von Sachkommissionen wird sichergestellt, dass sich die Gemeinderatsmitglieder intensiver mit einem Bereich auseinandersetzen, sie sich so mit der Zeit ein grösseres Fachwissen in diesem Bereich aneignen und so die zuständige Behörde und deren Verwaltung auch effektiver kontrollieren können.

Weiter soll der Stadtrat dazu verpflichtet werden, zu eingereichten Vorstössen im Gemeinderat schon vor der Beratung im Parlament Stellung zu beziehen (ein System wie es zum Beispiel auch der Kantonsrat kennt). Damit erhofft sich der Gemeinderat eine Versachlichung der Diskussion im Parlament.

Bessere Entschädigungen

Die Mitglieder von Gemeinderat, Schulpflegen etc. arbeiten heute für ein Trinkgeld. Dabei sind die Anforderungen und der zeitliche Aufwand für diese Ämter in den letzten Jahren stark gestiegen. Dies führt dazu, dass sich viele Menschen nicht mehr in solche Ämter wählen lassen, weil sie die nötige Zeit dafür nicht aufbringen

können, wenn sie dafür nicht auch eine angemessene Entschädigung erhalten, die es ihnen beispielsweise ermöglicht, ihr Arbeitspensum auf 80 Prozent zu reduzieren. Eine Arbeitsgruppe aller Ustermer Behörden ist zur Zeit daran, ein neues Entschädigungsreglement zu erarbeiten, welches dieses Missverhältnis korrigiert. Klar ist: Die Entschädigung soll auch künftig nicht «übereisen» sein, aber angemessen. Ein öffentliches Amt soll niemand des Geldes wegen übernehmen, es soll aber auch niemand des Geldes wegen ein Amt nicht übernehmen.

Einheitsgemeinde als Ziel

Das letzte grosse Ziel der Reorganisation trägt den Titel «Einheitsgemeinde». Heute gibt es auf Usters Boden drei, eigenständige Gemeinden: die politische Gemeinde (darin integriert die Primarschule), die Oberstufenschulgemeinde Uster sowie die grenzüberschreitende Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee. Die Trennung zwischen politischen und schulischen Gemeinden im Kanton Zürich ist historisch bedingt, hat sich aber inzwischen überlebt. In immer mehr Gemeinden im Kanton Zürich werden deshalb die Gemeinden zusammengelegt und Einheitsgemeinden gebildet. Dies ist auch das Ziel in Uster. Allerdings sind hier die Verhältnisse etwas komplizierter als üblich, weil Nänikon in politischen Angelegenheiten zu Uster gehört, in Angelegenheiten der Oberstufenschule aber zu Greifensee (siehe dazu die ausführliche Diskussion im FORUM Nr. 202). Hier muss zuerst eine Bereinigung der Grenzen vorgenommen werden, bevor die Einheitsgemeinde entstehen kann. Ein nicht einfacher, aber mit Bestimmtheit interessanter Prozess.

2. Wahlgang Primarschulpräsidium: SP Uster empfiehlt Urs Tschanz

Mit Urs Tschanz die Kontinuität wahren

Uster wird am 23. September 2001 das vakante Präsidium der Primarschulpflege neu besetzen. Die SP Uster hat an ihrer Juli-Versammlung beschlossen, in diesem entscheidenden zweiten Wahlgang den bisherigen Vizepräsidenten Urs Tschanz (parteilos) zu unterstützen. Dies, nachdem der SP-Kandidat für dieses Amt, Primarschulpfleger Heinz Fröhlich, für den zweiten Wahlgang seinen Verzicht erklärt hat. Zweiter Wahlgang heisst aber nicht zweite Wahl, das gilt ganz besonders für den hervorragenden Kandidaten Urs Tschanz.

Von Ludi Fuchs, Bezirksrat

Urs Tschanz ist in Uster aufgewachsen, 39 Jahre alt, verheiratet und Vater eines zehnjährigen Sohnes. Er ist Hausmann und arbeitet seit 1995 selbständig in der Werbeartikelbranche. Während der Amtsdauer 1994/1998 wurde er in die Primarschulpflege gewählt. Von September 1998 bis August 1999 leitete er das Projekt zur Einführung der Mitarbeiterbeurteilung und präsidiert seither die diesbezügliche Kommission. Weiter hat er seit August 2000 das Amt des Vizepräsidenten inne.

Seine Beweggründe, sich in der Primarschulpflege zu engagieren und jetzt auch für das Präsidium zu kandidieren, haben mit seiner Absicht zu tun, sich weiterhin für eine moderne und offene Schule einzusetzen, die auf die Zukunft der SchülerInnen ausgerichtet und attraktiv für alle Beteiligten ist. Die Arbeit für die Schule sieht er als Arbeit für die Zukunft. Eine Aufgabe, die ihn begeistert und die ihm viel Freude macht. Seine besonnene, vermittelnde und kommunikative Art wird es ihm auch ermöglichen, die Interessen von Kindern, Eltern, Lehrerschaft sowie der Stadt Uster unter einen Hut zu bringen.

Viele Rücktritte zu erwarten

Gemäss Aussage der aktuellen Mitglieder der Primarschulpflege werden sich rund drei Viertel nicht mehr für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung stellen. Das heisst, dass eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten sein wird, eine gewisse Kontinuität der bisherigen Arbeit sowie der aufgegleisten Reformen zu gewährleisten. Dies kann nur jemand, der wie Urs Tschanz aus der heute amtierenden Schulpflege herauskommt. Es wird weiter sehr wichtig sein, aus den grösstenteils neuen Mitgliedern so rasch wie möglich ein Team zu bilden, das mit der



Die besonnene, vermittelnde und kommunikative Art von Urs Tschanz wird es ihm ermöglichen, die Interessen von Kindern, Eltern, Lehrerschaft sowie der Stadt Uster unter einen Hut zu bringen.

Lehrerschaft eine kooperative Zusammenarbeit mit gegenseitiger aktiver Unterstützung und offener Gesprächskultur pflegt und die Schule auf diesem Wege weiterentwickeln kann.

Tschanzs Schwerpunkte

Die grössten Herausforderungen für die Primarschulpflege in den nächsten Jahren sieht Urs Tschanz in den folgenden Punkten:

- Einführung der Teilautonomen Volksschule in der Schuleinheit Niederuster
- Umsetzung der begonnenen Reorganisation der Primarschulpflege sowie der Volksschulreform
- Schulraumplanung und -bereitstellung
- Qualitätssicherung

Er will, dass sich die Primarschulpflege vor allem auf das Kerngeschäft konzentriert (Schulbesuche, Personalführung, Schulentwicklung und Finanzkontrolle). Sowohl die interne wie auch die externe Kommunikation will er verbessern. Der Erklärungs- und Informationsbedarf ist mit den anstehenden oder bereits laufenden Veränderungen an unserer Volksschule innerhalb der Schule (LehrerInnen) wie auch gegenüber den Eltern und der Öffentlichkeit sehr gross geworden. All diese Schritte sollen eine für alle Beteiligten offene und moderne Schule zum Ziel haben, die ihren heutigen und morgigen Aufgaben gewachsen ist. Urs Tschanz will das Selbstwertgefühl der Primarschule in Uster erhöhen, sie soll selbstbewusster auftreten gegenüber der kantonalen Bildungsdirektion.

Die Schule – eine Herzensangelegenheit

Ohne Zweifel: Die Schule ist Urs Tschanz ein Herzensanliegen. Er ist engagiert, bereit, zuzuhören und auch dazuzulernen. Sein Einsatz ist geprägt von Freude an der Sache und der Überzeugung, hier seinen aktiven Beitrag an der Zukunft unserer Kinder und so auch unserer Gesellschaft leisten zu können. Er hat die Unterstützung und das Vertrauen der Ustermer Bevölkerung in jeder Hinsicht verdient.

Danke Heinz!

Ganz so haben wir uns das Resultat des 1. Wahlgang ums Ustermer Schulpräsidium natürlich nicht vorgestellt: Da hat die SP Uster einen für dieses Amt bestens geeigneten Kandidaten, einen Kandidaten, der nicht nur klare Vorstellungen über die Zukunft von Usters Schule hat, sondern der auch fähig ist, über die Interessen- und Parteigrenzen hinweg Brücken zu bauen. Und dann landet dieser Kandidat nur auf dem dritten Platz. Klar, dass sich da Enttäuschung breit macht, bei der Parteispitze, dem Wahlkampfverantwortlichen, dem Kandidaten.

Sich einer Wahl, wie der ums Primarschulpräsidium zu stellen, dazu gehört immer Mut. Mut, weil man nicht in der Anonymität einer Liste oder eines überparteilichen Vorschlags kandidieren kann, Mut, weil man sich exponieren muss und mit seinem Kopf für Ideen hinstehen muss, Mut, weil man gegen innere und äussere Widerstände ankämpfen muss. Und es gehört Mut dazu, weil man sich des Resultats bei aller berechtigten Hoffnung nicht sicher sein kann.

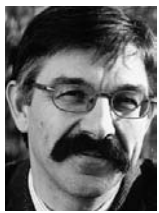
Heinz Fröhlich, unser Kandidat für das Primarschulpräsidium hatte diesen Mut, und dafür gebührt im Dank. Und es gebührt ihm Respekt, dass er beschlossen hat, im zweiten Wahlgang auf eine Kandidatur zu verzichten, um so nicht die Stimmen jener zu spalten, die für Usters Schule eine Zukunft wollen, die auf dem aufbaut, was die Primarschulpflege seit den letzten Wahlen aufgebaut hat. In diesem Sinn: Danke, Heinz!

Stefan Feldmann
Präsident SP/Juso-Fraktion

Vermischtes

Stadtratswahlen:

Am 20. September werden die Mitglieder der SP Uster an einer Monatsversammlung die StadtratskandidatInnen der Sozialdemokratischen Partei für die Wahlen vom 3. März 2002 nominieren. Der Vorstand hat mit diversen Personen entsprechende Gespräche geführt und von drei Personen eine Zusage für eine allfällige Kandidatur erhalten. Es sind dies (in alphabetischer Reihenfolge):



Martin Bornhauser (51, Nänikon) war von 1985 bis 1991 Mitglied des Ustermer Gemeinderates. Im Amtsjahr 1987/1988 stand er dem Uster Parlament als Gemeinderatspräsident vor. Seit 1991 ist er Mitglied des Zürcher Kantonsrates, welchen er seit Mai dieses Jahres präsidiert. Martin Bornhauser ist als Jugendanwalt für die Bezirke Uster und Meilen tätig.



Stefan Feldmann (31, Oberuster) gehört seit 1997 dem Ustermer Gemeinderat an, seit 2000 präsidiert er die SP/Juso-Gemeinderatsfraktion. Im Amtsjahr 2000/2001 stand er dem Ustermer Parlament als Gemeinderatspräsident vor. Stefan Feldmann ist Journalist BR und zur Zeit als Geschäftsführer der SP-Kantonsrats- sowie der SP-Verfassungsratsfraktion tätig.



Esther Rickenbacher (48, Oberuster). Sie war von 1990 bis 1996 Mitglied des Ustermer Gemeinderates. Esther Rickenbacher ist Juristin und Bankfachfrau. Seit Januar 2000 arbeitet sie als teilamtliche Bezirksrichterin am Bezirksgericht Uster.

Der Vorstand der SP Uster ist erfreut, eine breite Auswahl an möglichen KandidatInnen zu haben. Weiterhin offen ist, mit wievielen – und je nach Entscheid: mit welchen – KandidatInnen die SP Uster an den Stadtratswahlen 2002 teilnehmen wird. Der Vorstand der SP Uster wird sich anlässlich seiner nächsten Sitzung mit der Ausgangslage befassen und den Mitgliedern der SP Uster an der Nominationsversammlung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Wechsel in der Primarschulpflege

Die SP Uster hat Lilo Baschung für den durch den Rücktritt der bisherigen SP-Schulpflegerin Barbara Steiger freiwerdenden Schulpflegesitz nominiert.



Barbara Steiger scheidet nach einem Jahr aus der Primarschulpflege aus, da sich durch die schwere Erkrankung eines engen Familienmitgliedes ihre Lebensumstände derart geändert haben, das ihr eine weitere Wahrnehmung des Mandats zur Zeit nicht mehr möglich ist. Die SP Uster bedauert das Ausscheiden Barbara Steigers sehr und möchte ihren Dank für das geleistete Engagement mit den besten Wünschen für die Zukunft verbinden.



Die neue Schulpflegerin **Lilo Baschung** ist 40 Jahre alt, verheiratet und Mutter zweier Kinder. Sie ist Betriebsökonomin HWV und bildet sich zur Zeit am Institut für Individualpsychologie weiter. Als Mitglied der AG Schule der SP Uster beschäftigt sie sich seit längerer Zeit mit Ustermer Schulfragen.

Antworten des Stadtrates auf SP-Vorstösse

Der Stadtrat von Uster hat auf zahlreiche SP-Vorstösse geantwortet. In seiner Antwort auf ein Postulat von SP-Gemeinderätin **Barbara Thalmann** bezüglich der Sicherheit für VelofahrerInnen und FussgängerInnen auf der Nord-Süd-Achse Brunnenstrasse-Bahnhofstrasse-Zentralstrasse schlägt der Stadtrat vor, den Bahnübergang Brunnenstrasse mit einem Lastwagen-Fahrverbot zu belegen und die Lastwagen über die Oberland- und die Winterthurerstrasse umzuleiten. So sollen tödliche Verkehrsunfälle wie derjenige vom 12. September 2000, als ein 11jähriges Mädchen an der Brunnenstrasse von einem Lastwagen überrollt und getötet wurde, nach Möglichkeit künftig vermieden werden.

Auch der Stadtrat sieht in der Plafonierung der Flugbewegungen in Zürich-Kloten ein Mittel den Fluglärm in der Flughafenregion zu reduzieren. Er will sich deshalb für eine Plafonierung auf 320'000 Flugbewegungen jährlich einsetzen. Etwas ungehalten reagiert der Stadtrat auf die Kritik der SP/Juso-Fraktion in der entsprechenden Kleinen Anfrage, dass er bislang wie der Kanton Zürich

eine auf die eigenen Vorteile bedachte Politik betrieben habe. Präzisierend muss angemerkt werden, dass der Ustermer Stadtrat selber zwar eine solche Politik nicht verfolgt hat, aber immerhin haben die Parteien, die die Mehrheit im Ustermer Stadtrat stellen (FDP, SVP), mit ihrer Politik (Flughafen-Ausbau, Privatisierung des Flughafens) zum ungehemmten Wachstum des Flughafens beigetragen, deren Auswirkungen bislang zu einem grossen Teil auf die deutschen Anliegergemeinden abgewälzt worden ist.

Dafür, dass dem Stadtrat zweimal die Frist zur Beantwortung eines Postulats von SP-Gemeinderätin **Dagmar Anderes** verlängert werden musste, fällt seine Antwort enttäuschend aus: Er hält nämlich nichts vom geforderten Energie-Sparfonds bei der Energie Uster AG. Zusammengefasst könnte die Antwort in etwa wie folgt: Wir machen eh schon genug und wenn, überhaupt etwas gemacht werden sollte, dann nur im grösseren Rahmen. Immer noch «Landstadt» statt urbanes Zentrum?

Nichts hält der Stadtrat auch von den Bedenken der SP/Juso-Fraktion bezüglich eines geplanten Theater- und Konzertsaals in der Aula der Mittelschule Hohfurren. Die SP/Juso-Fraktion bemängelte in ihrer Interpellation die fehlende Zentrumsfrage, dass keine Restaurants in der Nähe seien und dass das Gebiet nicht an den öffentlichen Verkehr angebunden sei. Der Stadtrat will dennoch an seinen bisherigen Plänen festhalten.

SP-Vorstoss zu KK-Prämienverbilligung

Bislang wurde die Krankenkassen-Prämienverbilligung den bezugsberechtigten Personen automatisch ausbezahlt, wenn sie aufgrund der Steuerrechnung Anspruch darauf hatten. Seit diesem Jahr ist es nun genau umgekehrt: Wer seinen Anspruch auf Verbilligungsgelder geltend machen will, muss sich bei der Stadt melden. Durch diesen Systemwechsel, den viele Personen wohl gar nicht mitbekommen haben, steht zu befürchten, dass viele bezugsberechtigte Personen ihren Anspruch verlieren, zumeist sozial Benachteiligte, die die Verbilligungsgelder wohl am dringendsten benötigten. SP-Gemeinderat **Stefan Feldmann** verlangt in einer Kleinen Anfrage vom Stadtrat nun Auskunft darüber, wie sich der Systemwechsel auf die Zahl der Bezugsberechtigten ausgewirkt hat und was gegen das Sparen der öffentlichen Hand auf dem Buckel Bedürftiger unternommen werde.

Kantonale Abstimmung vom 23. September: Ja zum Durchgangsbahnhof Löwenstrasse

Den Bahnknotenpunkt Zürich fit für die Zukunft machen

Im Kanton Zürich lässt sich doch noch einiges bewegen: Aus Ärger über eine verfehlte Planung der SBB, die einen Flügelbahnhof und den Ausbau des Wipkinger Viadukts vorsah, wurde eine Volksinitiative für einen zweiten Durchgangsbahnhof lanciert und eingereicht. Und plötzlich ging alles schnell: Der Kantonsrat unterstützte das Anliegen und verabschiedete einen Gegenvorschlag, der noch weiter geht als die Initiative. Diese konnte daraufhin denn auch zurückgezogen werden.

Von Dagmar Anderes

Der neue Durchgangsbahnhof, im Volksmund «Bahnhof Löwenstrasse» genannt, soll mit einem Tunnel unter Zürich an den Bahnhof Oerlikon angeschlossen werden. Der Tunnel ist nicht nur für den Fernverkehr von grosser Bedeutung, sondern auch für die S-Bahn: Noch heute gibt es S-Bahn-Linien, die im Sackbahnhof gewendet werden müssen. Dies würde dank des Durchgangsbahnhofes entfallen, der Betrieb könnte somit zügiger gestaltet und der Fahrplan verdichtet werden.

Mit dem Durchgangsbahnhof fiele auch der Flügelbahnhof weg, der für die Reisenden lange Umsteigewege mit sich gebracht und die Bahn unattraktiv gemacht hätte (der Flügelbahnhof wird dennoch gebaut, allerdings nur als Provisorium bis zur Fertigstellung des Durchgangsbahnhofes).

Bahnverkehr wächst

Berechnungen der VerkehrsplanerInnen zeigen, dass der Bahnverkehr in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stark zunehmen wird: Die Nachfrage dürfte sich in den nächsten 25 Jahren verdoppeln. Die Geschichte des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV), dem Träger der S-Bahn, ist im übrigen eine Erfolgsgeschichte. Wer am Morgen von Uster nach Zürich zur Arbeit pendelt, weiss das... Ein Ausbau des Bahnknotenpunktes Zürich ist also unumgänglich, und der Durchgangsbahnhof ist die beste Lösung dafür.

Kosten-Nutzen stimmt

Die Kosten des Kantons Zürich für den Ausbau des Bahnknotenpunktes belaufen sich auf 580 Millionen Franken. Verglichen mit anderen, fragwürdigen Bauprojekten ist dies verhältnismässig wenig: Für die Schliessung der Lücke in der Oberlandautobahn wird mit Kosten von rund 1 Milliarde Franken gerechnet. Ein Seetunnel in Zürich würde ebensoviel kosten. Gemessen am Nutzen, den der Durchgangsbahnhof mit sich brächte und in Anbetracht der Notwendigkeit eines Ausbaus, lohnt sich die Investition auf jeden Fall!

Abschliessend noch ein kleiner Hinweis: Lassen Sie sich nicht durch den Abstimmungszettel verwirren. Dort heisst es etwas umständlich «Staatsbeitrag für den Ausbau der SBB-Anlagen Wiedikon/Altstetten-Zürich HB-Oerlikon».



Die Parolen der SP Uster für den 23. September

Kanton Zürich

Ja zur Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle»

Weil das Geld dafür vorhanden ist und es Menschen in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen – in erster Linie Familie mit Kindern, Alleinerziehende und SeniorInnen – zugute kommt (siehe Seite 11)

Ja zum Ausbau der SBB-Anlagen Wiedikon/Altstetten-Zürich HB-Oerlikon (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse)

Weil der Kanton Zürich hier mit wenig Geld die S-Bahn für die Zukunft fitmachen kann (siehe nebenstehend)

Stimmfreigabe zur Änderung des Gesundheitsgesetzes (Neuregelung der Medikamentenabgabe)

Weil es gute Gründe für die Abgabe von Medikamenten durch Ärzte (da ist man halb krank, ist beim Arzt und soll dann auch noch den Weg zur Apotheke unter die Füsse nehmen, statt das Medikament beim Arzt beziehen zu können) gibt, aber auch solche dagegen (das Interesse der Ärzte steigt, das teurere Medikament zu verschreiben, weil sie ja selber daran verdienen, darum: wer verschreibt, verkauft nicht). Entscheiden Sie selber, welches Argument für Sie mehr Gewicht hat.

Stadt Uster

Ja zur neuen Gemeindordnung

Weil die Stadt Uster wächst und sich wandelt und ein modernes «Verfassungskleid» braucht (siehe Seiten 3–7)

Wahl Primarschulpräsidium: Urs Tschanz

Weil der bisherige Vizepräsident die Ustermer Schule kennt und den Veränderungsprozess der letzten Jahre mitgemacht und mitgestaltet hat (siehe Seite 8)

Kantonale: Abstimmung vom 23. September: Ja zur Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle»

Eine Frage der Gerechtigkeit

Der Kanton Zürich spart auf dem Buckel der sozial Benachteiligten: In Bern liegen fast hundert Millionen Franken bereit, um die ständig steigenden Krankenkassenprämien von in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebende Menschen zu verbilligen. Doch der Kanton Zürich holt diese Gelder nicht ab. Die Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle» will dafür sorgen, dass der Kanton diese Mittel endlich ausschöpft. Profitieren würden vor allem Familien, Alleinerziehende und SeniorInnen.

Von Stefan Feldmann

Es ist paradox: Da liegen in Bern fast hundert Millionen Franken bereit für die Verbilligung der Krankenkassenprämien im Kanton Zürich. Und was passiert mit ihnen? Sie bleiben dort im Bundeskässeli liegen, weil der Kanton Zürich auf die Spardremse tritt und diese Gelder nicht abrufen. Die Konsequenz: Die Krankenkassenprämien werden nicht in dem Ausmass verbilligt, wie es eigentlich das Gesetz vorsieht. Und die Opfer dieser Sparpolitik: Familien mit Kindern, Alleinerziehende und SeniorInnen.

Familien wirksam fördern

Alle reden von Familienförderung. Auf eine Erhöhung der Prämienverbilligungen warten die von den Kopfprämien geplagten Familien jedoch vergeblich. Die Prämienverbilligung ist eine der wirkungsvollsten Massnahmen zur Entlastung des Familienbudgets. In den Genuss der Prämienverbilligungen kommen nur jene Haushalte, die aus finanziellen Gründen auf die Verbilligung angewiesen sind. Und die Prämienverbilligungen werden zur Hälfte vom Bund finanziert. Die Volksinitiative tragbare Krankenkassenprämien für alle verlangt, dass die Prämien der Kinder zu mindestens 85 Prozent verbilligt werden. Die Beiträge an Familien mit Kindern werden damit nach einem Ja besonders deutlich erhöht. Eine gezieltere Form der Familienförderung gibt es nicht.

SeniorInnen entlasten

Das vor zwei Jahren in Kraft getretene neue kantonale Steuergesetz brachte für die SeniorInnen ein böses Erwachen: Die AHV-Renten müssen seither voll versteuert werden. Und weil damit das steuerbare Einkommen gestiegen ist, er-



Wer hier wohnt, hat die Verbilligung der Krankenkassenprämien wohl kaum nötig. Dafür aber viele Familien mit Kindern, Alleinerziehende und SeniorInnen. Ihnen hilft die Annahme der Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle».

hielten plötzlich viele SeniorInnen auch keine Prämienverbilligungsgelder mehr, weil sie jetzt plötzlich genügend «verdienen». Das darf nicht sein! Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass sie diese Prämienverbilligungen wieder erhalten. Eine Annahme der Volksinitiative ermöglicht genau dies. Und was für SeniorInnen gilt, gilt auch für Alleinerziehende: Durch das neue Steuergesetz müssen auch die Alimente voll besteuert werden, womit auch viele Alleinerziehende heute schlechter dastehen als zuvor.

Soziales Gleichgewicht erhalten

Im Kantonsrat haben sich nur die FDP und die SVP gegen den von der Initiative tragbare Kran-

kenkassenprämien für alle verlangten Ausbau der Prämienverbilligungen ausgesprochen. Mit ihrer Verweigerungshaltung stellen diese Parteien das soziale Gleichgewicht in Frage. Um die Streichung der Erbschaftssteuer zu finanzieren, sollten vor einem Jahr die Altersbeihilfen gekürzt werden. Weil das Volk diese Vorlage abgelehnt hat, wollen FDP und SVP jetzt den dringend nötigen Ausbau der Prämienverbilligungen blockieren. Es ist Zeit, dass auch der untere Mittelstand vom Aufschwung profitiert. Mit der Freigabe der von FDP und SVP blockierten Mittel für die Verbilligung der Krankenkassenprämien kommen wir diesem Ziel einen Schritt näher.

Auf einen Blick

Die «Volksinitiative» verlangt,

- dass die Prämienverbilligungsgelder zu mindestens 80 Prozent ausgeschöpft werden (heute 65 Prozent)
- dass mindestens 30 Prozent der Haushalte mit Kindern eine Prämienverbilligung erhalten (heute 27 Prozent)
- dass die Prämienverbilligungen mindestens 85 Prozent der Kinderprämien decken (heute 35 bis 75 Prozent)

Die «Volksinitiative» bringt

- zusätzlich 85 Millionen Franken für die Verbilligung der Krankenkassenprämien.
- eine starke Erhöhung der Beiträge an die Kinderprämien.
- Prämienverbilligungen für zusätzliche 7000 Haushalte mit Kindern.

Veranstaltungskalender

FORUM-TIP

13. 9. FABULOUS FABLE TRIO (CH)

Mathias Gloor, Piano; Dominik Burger, Drums; Christian Weber, Bass
20.30 Uhr Musikcontainer

Mit den beiden Ustermer Musikern Mathias Gloor (Piano) und Dominik Burger (Drums) sowie



dem Zürcher Christian Weber (Bass) haben drei kreative und (hyper-)aktive Tüftler aus der Schweizer Jazzszene zusammen gefunden, um sich gegenseitig Geschichten zu erzählen. Geschichten voller Witz und Melancholie, die in unterschiedlichsten Klangsprachen gefertigt sind. Trio-Jazz der neuesten Generation: lyrisch und kraftvoll, erfrischend und verspielt.

20.9. Konzert - Pianola Party

20 Uhr Musik-Container

Wir feiern unser neu erworbenes Steinway-Pianola. - Filmrundgang mit Theo Zwicky - Stride-Piano live - Rosinen aus dem Rollenarchiv des Jazzorama

20.9. SP-Mitgliederversammlung

20 Uhr Saal Rest. Sonne
Nominationen Stadtratswahlen 2001
www.sp-uster.ch

FORUM-TIP

22.9. LE BLUES DES TROIS (CH)

Marcel Zimmermann, Violine;
Urs Bachthaler, Gitarre;
Fernando Fontanilles, Bass
20.30 Uhr Musikcontainer

In den 30er- bis 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Pariser Swingjazz grosse Erfolge gefeiert. Charismatische Musiker wie Django Reinhardt mit seiner Zigeunergitarre oder Stéphane Grappelli mit seiner Violine prägten die Unterhaltungsmusik, was Auswirkungen auch auf das Theater-, Musical- und Filmschaffen hatte. Die Basler Marcel Zimmermann (Violine), Urs Bachthaler (Gitarre) und Fernando Fontanilles (Bass) lassen diese goldenen Zeiten wieder aufleben.

22.9. Konzertpremiere

20 Uhr ref. Kirche Uster

Konzertpremiere des classic open orchestram mit Werken von: Antonin Dvorak: Serenade für Streicher; Benjamin Britten: "Les Illuminations"; Edvard Grieg: Holberg-Suite

23.9. Abstimmungs-Wochenende

Informationen in diesem FORUM auf Seite 10.

28.09. Theater

20 Uhr Stadthofsaal Uster

Die lustigen Weiber von Windsor von W. Shakespeare, Theaterproduktion Kuhn, mit Adi Laimböck u.a.

FORUM-TIP

29. 9. STEFAN PAVELKA TRIO (CH)

Stefan Pavelka, Piano; Timon Roth, Bass; Peter Preibisch, Drums
20.30 Uhr Musikcontainer

Ein weiteres Piano-Trio mit eigenen, unkonventionellen Soundkonzepten. Der 1979 in Uster geborene Pianist und Bandleader Stefan Pavelka



lässt sich beim Komponieren von Bill Evans ebenso inspirieren wie von modernen Klassikern wie Shostakowitch oder Messiaen. Auf der Bühne entwickeln diese Kompositionen ein Eigenleben, das durch die Spontaneität und Imagination aller Beteiligten (Timon Roth am Bass und Peter Preibisch an den Drums) bestimmt wird: sprunghaft, überraschend, spannend.

4.10. Konzerte - Slidestream

20 Uhr Musik-Container

Das faszinierende Reich der modernen Jazzposaine

5.10. - 6.10. Konzert

20 Uhr Ref. Kirche Uster

Ein Hort, dahin ich immer fliehen möge

Ein Programm zum Sicherheitsdenken der Schweiz, Regie: Gian Gianotti

07.10. Konzert «Thalwil meets Uster»

11 Uhr Musik-Container
«Thalwil meets Uster» mit JCT All Stars

Das Orchester des Jazz Club Thalwil mit bekannten Musikern präsentiert swingenden Mainstream-Jazz

7.10. Reihe 'der verflixte 7.

20 Uhr Kulturbühne Wagerenhof
Die Wellküren, Frauen- Volksmusik- kabarett aus Bayern

SP-Newsletter: Immer auf dem Laufenden

Die neuesten Nachrichten aus der SP Uster erhalten Sie mit einem Abo des SP-Newsletters, den Sie auf der Webseite leicht abonnieren können: http://www.sp-uster.ch/n_letter.htm

10.10. Theater

20 Uhr Stadthofsaal Uster
Perlen Freaks & Special Guests präsentiert von Ursus & Nadeschkin

23.10. SP-Mitgliederversammlung

20 Uhr Saal Rest. Sonne
voraussichtlich Nominationen für die Gemeinderatswahlen 2002
[www.sp-uster.ch /info@sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch/info@sp-uster.ch)

25.10. Konzert

20 Uhr Musik-Container
André Berner «in person»

2. 3. 11. Westside Story

20 Uhr Stadthofsaal Uster

7.11. Reihe 'der verflixte 7.

20 Uhr Kulturbühne Wagerenhof
Surprise-Abend (Gross-(un)artiges aus der Kleinkunst)

11.11. Charly Antolini Jazz-Power

20 Uhr Musik-Container
Charly Antolini, einer der grossen Schlagzeugvirtuosen unserer Zeit, hat mit fast allen bedeutenden Musikern in Europa zusammen gespielt und ist heute ein Markenzeichen für swingende, international zusammengesetzte Combos.

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER
TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Inserat

ÖPFELBAUM

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Montag	vormittag geschlossen	14.00-18.30
Di-Fr	9.00-12.30	14.00-18.30
Samstag	9.00 durchgehend bis	16.00

Inserat

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 208 Settembre 2001

Votazioni del 23 settembre

Perché Uster ha bisogno di un nuovo Ordinamento Comunale

Il 23 settembre gli abitanti di Uster saranno chiamati a esprimere la loro opinione sul nuovo Ordinamento Comunale (Gemeindeordnung). L'Ordinamento elaborato dal Parlamento nel giro di un anno e mezzo, rispecchia lo sviluppo di Uster e ne traccia il suo percorso dal comune alla città.

Di Stefan Feldmann, Presidente della Frazione
del Consiglio Comunale dei Giovani Socialisti
del Partito Socialista (SP/Juso)

Sembra che attualmente le revisioni costituzionali vadano di moda: La Costituzione Federale è stata riesaminata due anni fa'. Il Cantone di Zurigo ha cominciato un anno fa' a rivedere il suo Ordinamento e nel 2004 al più tardi saremo chiamati a decidere del nuovo Ordinamento Cantonale. Anche a livello comunale la nostra città otterrà una nuova «costituzione»: il nuovo Ordinamento Comunale.

L'ordinamento per un comune

Ma è proprio necessario che Uster riceva un nuovo ordinamento? Credo di sì. Nonostante l'ordinamento attuale risalga al 1990, riallaccia in punti essenziali a quello degli anni sessanta. Uster però negli ultimi 40 anni è molto cambiata. Uster è cresciuta e conta oggi quasi 30'000 abitanti. Grazie alla S-Bahn Uster ha accorciato le distanze nei rispetti di Zurigo a 12 minuti, ciò che a reso la città attraente sia come domicilio che come posto di lavoro. Con la nuova palestra è divenuta un centro sportivo, con il liceo dell'Hohfurren diventerà un centro culturale e grazie al Musikcontainer, al Museo del Jazz e ad altri progetti - un Piccolo Palcoscenico, un Cinema Studio - aumentano le probabilità che Uster si muti in una vera e propria città d'arte.

Questo sviluppo però non ha avuto nessuna ripercussione sulla struttura politica della città. L'ordinamento è improntato su un piccolo comune. Un esempio: La struttura delle autorità è molto complicata. Oltre al Consiglio

P.P. Uster


STADTHA

Ci siamo ritrovati

Comunale (Stadtrat) esistono altri nove consigli esecutivi, governi laterali per così dire, che sono responsabili di aspetti minori. Ciò rende difficile la coordinazione del lavoro politico, una coordinazione indispensabile se Uster vuole venire a capo del suo sviluppo attuale e futuro e vuole diventare un vero centro regionale. (vedi pag. 4 del testo in tedesco)

Più libertà d'azione

Una città di 30'00 abitanti deve essere per forza organizzata diversamente da un piccolo comune, soprattutto se vuole operare con efficacia. Questo è il fine del New Public Management (NPM) che verrà introdotto nella città di Uster. Entrare nei dettagli supererebbe di molto i limiti di questo articolo (anche perché NPM non offre solo dei vantaggi, ma anche alcuni aspetti da rivedere e eliminare). In breve si può però affermare che in futuro la città dovrà regolarsi secondo i fini che si è proposta e non solo secondo i mezzi finanziari a disposizione (anche se naturalmente i due aspetti si influenzano reciprocamente). Mettendo in atto il concetto di NPM la politica recupera più spazio di azione. Per esempio ricevendo più competenze sui mezzi finanziari. Affinché ciò non vada a discapito della democrazia diretta, il numero delle firme necessarie per inoltrare un referendum verrà ridotto, così che il popolo, dove gli sembrerà necessario, potrà fare da correttivo. (vedi pag. 5 del testo tedesco).

Un buon risultato

Nel Consiglio Comunale la frazione SP-Juso ha contribuito attivamente a questo processo. In alcuni punti ha riscontrato successo (per esempio il ribasso delle firme necessarie per inoltrare un referendum), in altri punti, come era prevedibile, ha dovuto incassare qualche sconfitta, come per esempio la facoltà di voto per gli stranieri.

Il risultato: Il nuovo Ordinamento Comunale non è proprio il capolavoro sperato ma possiamo esserne soddisfatti. Ci garantisce che a Uster in futuro la politica rimanga capace e libera di agire, anzi che questa capacità aumenti col passare del tempo. Per questi motivi la frazione SP/Juso del Consiglio Comunale ha accettato la revisione e anche l'Assemblea dell'SP di Uster consiglia a tutti gli aventi il diritto di voto di mettere un sì nell'urna alle votazioni del 23 settembre.

Lo scorso 8 e 9 giugno, la collettività italiana risiedente a Uster, ha vissuto un avvenimento particolare, carico di molte emozioni. Con il motto «Ritroviamoci a Uster» si sono ritrovati in questa città oltre 250 persone venute dal Friuli, dal Veneto, dalla Lombardia, dagli Abruzzi, dalla Campania e da altre regioni, ma tutti ex usteresi in quanto avevano lavorato qui dagli anni 50 in poi, dando un grosso contributo allo sviluppo di quella che oggi è la terza città del cantone di Zurigo. È ormai consuetudine che molte di queste persone si ritrovino ogni due anni nel Veneto, in Friuli e in Emilia Romagna, e quasi ogni volta era presente una delegazione di Uster. Lo scorso anno si sono incontrati a Conegliano, una fiorente località della provincia di Treviso, proprio in quell'occasione si è concretizzata l'idea di ritrovarsi a Uster per esaudire un desiderio che alcuni avevano espresso più volte.

Di Valerio Modolo

Molte di queste persone non erano mai più tornate a Uster dopo il rientro definitivo in Italia. Per questi ma anche per gli altri è stato un momento di grande emozione: Rivedere i luoghi dove avevano vissuto è stato come ritornare indietro nel tempo; incontrare vecchi amici o colleghi di lavoro ha creato momenti di grande emozione ed entusiasmo che sfociava in strette di mano e abbracci molto calorosi. Molte di queste persone, pur portando i segni degli anni, erano facilmente riconoscibili, con altri si aveva il presentimento di conoscersi, ma non se ne era sicuri. Dopo i primi contatti però si è instaurato comunque un clima molto cordiale e caloroso.

I primi arrivi

Il primo gruppo è arrivato venerdì sera con tre pullman. Dopo aver preso possesso della camera in hotel, ci siamo trovati tutti nella sala multiuso, dove un gruppo di volontari aveva preparato un piatto di pasta con porchetta e formaggio che avevano portato dall'Italia assieme al vino «nostrano». Non mancavano pure caffè, grappa e birra alla spina.

Funzione religiosa e riflessione sociale

Il sabato mattina era a libera disposizione. Il programma del pomeriggio è iniziato alle 15

con una funzione religiosa, con una liturgia particolare celebrata da don Michelin, missionario a Uster dal '72 all' '82. Oltre a canti, preghiere e altri riti abbiamo avuto l'occasione di ammirare alcuni partecipanti in costume regionale. C'è stata poi una «riflessione» di Tamara De Vito, una donna della seconda generazione, figlia di emigrati pugliesi con formazione universitaria, su come gli stranieri hanno contribuito a fare di Uster una grande città. Nella sua analisi approfondita e molto incisiva Tamara ha esposto alcuni dati storici su alcune ditte che hanno avuto un ruolo importante anche nei confronti dell'emigrazione italiana. Molte di queste ditte, dall'industria tessile, all'edilizia, alla meccanica, hanno potuto svilupparsi grazie al contributo degli stranieri, in particolare degli italiani. Tamara ha messo in risalto giustamente il ruolo importante della donna nell'emigrazione, divisa tra famiglia e lavoro. Erano periodi molto duri e difficili, grazie però ai valori di unità e solidarietà, allora ben radicati nella nostra emigrazione, si potevano affrontare e superare le varie difficoltà in modo più sereno. La seconda generazione, sempre secondo Tamara, vive oggi una situazione molto migliore soprattutto nel campo del lavoro, si è inserita molto bene nel tessuto svizzero, però c'è il rischio che vadano persi quei valori umani e sociali che erano i pilastri della prima generazione. L'ascesa nel campo del lavoro non migliora automaticamente la vita a livello umano.

Rinfresco offerto dalla città

Dopo la cerimonia religiosa, abbiamo partecipato tutti al rinfresco offerto dalla città. Era previsto sul piazzale del comune, ma causa il maltempo si è svolto nel salone sotto la chiesa. A questo ricevimento sono intervenute alcune personalità del comune tra cui la signora Surbeck, sindaco di Uster. Mancava purtroppo il console generale d'Italia o un suo rappresentante, che nonostante fosse stato invitato con due mesi di anticipo, non ha ritenuto necessario partecipare. Nel suo intervento la Signora Surbeck ha ringraziato per l'invito che ha accettato molto volentieri, ha riconosciuto il grande contributo che hanno dato gli italiani allo sviluppo di questa città. Nel 1950 Uster contava 12'000 abitanti oggi sono quasi 29'000. Negli ultimi anni questa città ha avuto un grande sviluppo: Con l'autostrada sono migliorati i colle-

gamenti con le altre località, con la nuova ferrovia in 10 minuti si arriva al centro di Zurigo. Uster è una città multiculturale con 104 etnie. Gli italiani che sono ancora i più numerosi, secondo il sindaco non sono più considerati stranieri. Pizza, lasagne e valpolicella fanno parte delle abitudini culinarie degli svizzeri; la seconda e terza generazione hanno frequentato le scuole svizzere, non hanno problemi di lingua e neanche di integrarsi. Dopo il sindaco è intervenuto Renato Galasso. Quale portavoce degli ex usteresi ha ringraziato il sindaco per l'aperitivo e per aver riconosciuto il nostro contributo allo sviluppo di Uster. Ha fatto notare che non ci siamo mai sentiti stranieri ma ospiti. Purtroppo non siamo stati considerati sempre così in passato. Galasso ha ricordato inoltre come nacque l'idea di ritrovarsi tra ex usteresi prima ogni 5 anni e in seguito ogni due. Al prossimo incontro, fra due anni, ha invitato ufficialmente il sindaco a parteciparvi. Ha offerto poi al sindaco alcuni libri di regioni italiane anticipando che nella serata verrà offerto un omaggio particolare alla città di Uster.

Ritrovo per la cena allo Stadthof

Alle ore 19 ci siamo ritrovati in oltre trecentocinquanta allo Stadthof per una cena in comune. Oltre agli ex usteresi erano presenti molti amici e parenti che vivono qui e anche le autorità comunali con il sindaco come ospiti d'onore. Dopo la cena, un piatto tipicamente svizzero, è intervenuto ancora Galasso che ha ringraziato tutti coloro che facevano parte del comitato organizzatore invitandoli sul palco. Ha ringraziato inoltre i Feletti, Bressan e in particolare Piero Peruzzeto, che hanno reso possibile questo incontro, organizzando il tutto in Italia. Ha ringraziato inoltre le autorità svizzere per la loro disponibilità. Quale segno di riconoscimento ed affetto ha consegnato nelle mani del sindaco, per la città di Uster, una scultura con la dedica ex usteresi e ospiti italiani di Uster. Offrendo il meraviglioso rosone, scolpito da Nane Zavagno, un famoso artista friulano, Galasso ha formulato la speranza che abbia una adeguata sistemazione, proponendo di portare a Uster, se necessario l'artista stesso per verificarlo. La signora Surbeck ha ringraziato a nome della città per il bellissimo regalo, dicendo che ha già in mente il posto adatto dove esporlo nell'edificio comunale. La serata è durata fino a notte inoltrata. A disposizione di tutti c'erano Cervelat e Bratwurst fatti



alla griglia, birra alla spina, vino, caffè, grappa e bibite a volontà. Alle due anche gli ultimi irriducibili hanno dovuto lasciare la sala.

Valutazioni molto positive

Il grande impegno del comitato organizzativo e la disponibilità di molti collaboratori, ha fatto sì che la festa sia pienamente riuscita. Per molta gente aver incontrato amici, conoscenti ed ex colleghi di lavoro, è stato un momento carico di emozioni e calore umano. Nei saluti di commiato in diverse persone c'era molta emozione. Coloro che non hanno potuto o voluto partecipare hanno perso qualcosa dal punto di vista umano, ma ognuno è libero di fare le proprie scelte. Ci sono stati molti discorsi quasi sempre positivi. È vero che gli italiani godono una situazione privilegiata rispetto ad altre etnie, ma i problemi ci sono, anche se non sarebbe stato giusto parlarne in un giorno di festa. Ci sono molti connazionali costretti a rientrare in Italia perché senza lavoro. L'integrazione è solo una parola che per molti non ha significato. La seconda e terza genera-

zione non hanno risolto tutti i problemi. Chi vorrebbe naturalizzarsi deve ancora pagare cifre esorbitanti. Di diritti politici che potrebbero accelerare l'integrazione non se ne può parlare. Nei confronti del governo italiano siamo considerati spesso (tranne nel periodo delle elezioni) cittadini di serie B. E la lista potrebbe allungarsi, ma come detto è stato un giorno di festa e ricordiamolo come tale.

Un doveroso ringraziamento va al comitato organizzatore per il grande impegno ed anche ai molti collaboratori che hanno lavorato gratuitamente, come pure a coloro che hanno organizzato tutto in Italia. C'è stata molta delusione per la mancata partecipazione di una rappresentanza consolare sulla quale preferiamo non fare commenti. In compenso ci siamo rallegrati per la disponibilità delle autorità comunali di Uster, un gesto molto apprezzato ma secondo me anche doveroso verso tutte queste persone che hanno dato un grande contributo (e molti di noi lo danno ancora) allo sviluppo e al progresso di questa città, che ha dato ma anche ricevuto. Arrivederci al prossimo incontro.

I nuovi ribelli

Circa dodici anni fa un caro amico mi chiese di accompagnarlo a Lecce per partecipare ad una serata dibattito avente come relatore un prete; visto la mia abituale diffidenza verso esponenti del clero, mi sono stupito e gli ho chiesto cosa avesse di speciale questo religioso perché giustificasse i circa 160 chilometri per andarlo a sentire. Il conoscente mi parlò dell'impegno sociale di padre Zanotelli, della sua crociata contro il Ministro della Difesa dell'epoca Giovanni Spadolini, visto nella sua veste di ambasciatore all'estero della nostra industria degli armamenti.

Di Claudio Marseglia

A distanza di anni devo confessare che padre Zanotelli ha lasciato un segno in parecchi di noi, anche se fu costretto dal Vaticano ad abbandonare il suo incarico da direttore della rivista «Nigrizia» su pressione congiunta di Andreotti e Spadolini.

La Rete Lilliput

In questi giorni mentre ero alla ricerca di materiale per questo articolo, mi sono imbattuto in una sua denuncia: l'ennesima. Egli si trova attualmente in Kenya, in una bidonville che è diventata un punto di riferimento per la miriade di associazioni che si richiamano al movimento anti-globalizzazione.

Cinque anni fa da un suo viaggio in Italia è nata l'idea della Rete Lilliput. L'unione fa la forza ed anche noi, nel nostro piccolo se ci uniamo ed organizziamo riusciamo a rompere le uova nel paniere alle grandi multinazionali che sono quelle che alla fine dettano le regole.

« Non si tratta di essere contro la globalizzazione, siamo contro questo meccanismo infernale che permette al 20% del mondo di vivere da nababbo e al restante 80% di non avere nulla! Siamo contro questa cultura materialista, che toglie ai popoli la loro cultura, la loro anima. La società civile che si risveglia e si organizza da sola è un fenomeno molto positivo, ma sarebbe grave se non riuscisse a trasformare le sue battaglie in decisioni politiche»!

Ho pensato che forse sarebbe il caso di mandare lo stralcio dell'intervista nelle sedi dei par-

titi di sinistra di tutta l'Europa affinché i tesserati ed i loro dirigenti intavolino una proficua discussione che sfoci in un traguardo condivisibile da tutti coloro che hanno un animo progressista e che si sentono, attualmente, mortificati dall'appiattimento sui valori perseguiti dalla Destra.

Il monopolio di un'oligarchia

Dopo aver riflettuto a lungo sul tema ho dovuto ammettere che ci troviamo di fronte a qualcosa che faremo bene a non sottovalutare; questa società è monopolizzata da una oligarchia che oltre ad aver concentrato nelle proprie mani le leve dell'economia, detiene il controllo di tutti i mezzi più importanti di comunicazione. Esiste un modo di parlare e di significare della minoranza ricca e potente, accettato supinamente da tutti gli altri. Nella loro lingua i ricchi potentati trasformano la minima flessione dei profitti in una crisi drammatica. Il fatto che l'economia statunitense, ad esempio, abbia rallentato la folle corsa, dopo un decennio di crescita superiore ad ogni previsione, viene descritto come un imminente disastro. I nostri politicanti ci esortano a stringere la cinghia contro una eventuale ed ipotetica recessione, dimenticandosi di dire che siamo in piena espansione economica, che negli ultimi dieci anni i profitti delle aziende sono aumentati del 150% contro un ben misero 10%

dei salari; la disoccupazione europea è arrivata a quota 20 milioni ed i lavoratori a limite della povertà sono ormai circa 50 milioni. Nella lingua adoperata dai mass-media viene festeggiato come un grande e positivo avvenimento la fusione di due grandi ditte, anche se questo comporta il licenziamento di migliaia di padri di famiglia, se il prodotto interno lordo non cresce del 3 o 4 punti percentuali all'anno.

Dove sono i ribelli?

Ho nostalgia, mi mancano le grandi inchieste giornalistiche che fino a pochi anni fa apparivano sui giornali, le inchieste, ad esempio, sul degrado del Meridione, sul mercato del lavoro, sui ladri di partito, sulla Sanità, sul degrado di alcune zone cittadine, ecc. ecc.

Vorrei sentire, per una volta, alle riunioni die G8 o ai Forum economici di soluzioni prospettate per risolvere i problemi del Terzo Mondo afflitto da un debito estero di cui non riesce a pagare neanche gli interessi e con un popolazione che non riesce in alcun modo a venir fuori dalla spirale del sottosviluppo ed, in alcuni casi, addirittura, dalla morte per fame di migliaia (o milioni) di persone e bambini.

Ai nostri politici vorrei dire che c'è ancora tanto da fare su questo pianeta. Globalizzare per favorire ulteriormente chi ricco lo è già non è lecito e neanche morale!!

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza, Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo